Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6762

17. 01. 97

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Lederer, Gerhard Zwerenz, Heinrich Graf von Einsiedel, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2439 –

Neue europäische Friedensordnung und deutsch-französische Nuklearkooperation

A. Problem

Im Zusammenhang mit den französischen Atomwaffenversuchen hat eine politische Orientierung in die Diskussion über eine zukünftige europäische Sicherheitsarchitektur Eingang gefunden, die Anlaß zu größter Besorgnis gibt. Die französische Regierung spricht davon, die französischen Atomwaffen in eine künftige europäische Verteidigung integrieren zu wollen und geht davon aus, daß Kernwaffen auch noch in weiterer Zukunft für die Verteidigung Europas notwendig sein werden.

Die Bekundungen von Vertretern der Regierungspartei in der Bundesrepublik Deutschland, daß sich die künftige europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf nukleare Komponenten stützen müsse, führen zu einer Entwicklung, die nicht nur den bisherigen Grundkonsens in der Bundesrepublik Deutschland über den Verzicht auf Herstellung und Besitz von und Verfügungsgewalt über ABC-Waffen aufkündigen, sondern auch die Zukunft Europas in eine gefährliche Richtung steuern würde, da sie an Atomwaffen gebunden wäre.

Eine Beibehaltung der nuklearen Abschreckung bedeutet nach Auffassung der Antragsteller das Festhalten an der Bereitschaft, diese Waffen auch einzusetzen, und könnte vor allem gegenüber Rußland und den GUS-Staaten zu einer auf nuklearer und konventioneller Hochrüstung beruhenden Ordnung gegenseitiger Unsicherheit führen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Erklärung des verbindlichen Verzichts der Bundesrepublik Deutschland auf jegliche nukleare Teilhabe und Absage an jegliche Pläne einer französisch-deutschen Atomwaffenoption;

Bemühen um völlige Abschaffung der Atomwaffen in Europa und Einwirkung auf die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens, die Modernisierung ihrer Atomwaffen sofort zu stoppen, mit deren Reduzierung zu beginnen und sich an Verhandlungen über die allgemeine nukleare Abrüstung zu beteiligen;

Eintreten für die Festschreibung des Verzichts auf Besitz, Produktion und Verbreitung von ABC-Waffen im EU-Vertrag.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 13/2439 wird abgelehnt.

Bonn, den 31. Januar 1996

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Karl-Heinz Hornhues

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 59. Sitzung am 29. September 1995 den Antrag an den Auswärtigen Ausschuß zur Federführung sowie an den Verteidigungsausschuß und den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen. Der Auswärtige Ausschuß hat seinen Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der gutachtlichen Beratung des Antrages beauftragt.

II.

Der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober 1995 den Antrag gutachtlich beraten.

Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag auf Drucksache 13/2439 in seiner 23. Sitzung am 6. Dezember 1995 beraten und mit Koalitionsmehrheit abgelehnt.

Der Verteidigungsausschuß beriet in seiner 26. Sitzung den in Rede stehenden Antrag auf Drucksache 13/2439 und empfahl die Ablehnung mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS.

III.

In seiner 31. Sitzung am 31. Januar 1996 stimmte der Auswärtige Ausschuß entsprechend dem Votum des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle ab. Somit wurde der Antrag auf Drucksache 13/2439 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Bonn, den 31. Januar 1996

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333